

Pro Konjunkturprogramm

von

Heiner Flassbeck

ZEIT, 18.10.2001

Stellen Sie sich vor, die Dinge laufen schlecht. Außerdem wissen Sie nicht, was morgen oder übermorgen oder gar in einem Jahr sein wird? Trotzdem müssen Sie Entscheidungen treffen, die in die Zukunft reichen. Sie werden sich einerseits fragen, was schlimmstenfalls passiert, wenn Sie nichts tun. Sie werden sich andererseits fragen, welchen Schaden Sie anrichten, wenn Sie etwas tun, gleichzeitig die Dinge - sei es deswegen oder trotzdem - sich aber weit besser entwickeln als erwartet. Stellen Sie dabei fest, daß alles, was Sie jetzt tun können, um Schlimmeres zu verhindern, letztlich keine gravierenden negativen Auswirkungen hat, falls es doch besser kommt, werden Sie handeln.

So einfach ist die Situation der Geld- und Finanzpolitik in Europa heute, und doch anscheinend so schwer, wenn man das allgemeine Nichts-tun betrachtet. Die entscheidenden Punkte sind weltweit unbestritten: Die Gefahr einer globalen Rezession war nach dem Zweiten Weltkrieg nie so groß wie heute. Die USA können angesichts enormer Belastungen aus der Vergangenheit - Verschuldung des privaten Sektors und des gesamten Landes im Ausland - die Rolle der Lokomotive der Weltwirtschaft nicht noch einmal übernehmen. Ohne Zweifel gibt es ein Problem zu geringer Nachfrage in der Welt, jedoch kein akutes Strukturproblem. Daß mehr Ausgaben der Verbraucher erwünscht sind, ist Konsens. Unbestritten ist zudem, daß die Geldpolitik zuerst mit Zinssenkungen gefragt ist. Agiert sie aber nicht, zu spät oder sind ihre Möglichkeiten erschöpft, weil die Unternehmen schon zu pessimistisch sind, kommt die Finanzpolitik ins Spiel.

Will der Staat die Rezession bekämpfen, muß er höhere Defizite akzeptieren, weil reines Umschichten von Ausgaben oder Steuern bei den für die Investitionen entscheidenden Einkommen, den Gewinnen, überhaupt nicht ankommt. Auch das sollte ein Gemeinplatz sein. Höhere Defizite ergeben sich bei niedrigeren Steuern oder höheren Ausgaben. Völlig klar ist, daß höhere Ausgaben die sicherere Variante sind, weil man gerade in der jetzigen Situation nicht weiß, ob die privaten Haushalte steigende Einkommen wirklich ausgeben und nicht mehr sparen. Zu guter Letzt ist unbestreitbar: Staatliche Investitionen besser sind als Konsum.

Was hindert die deutsche Finanzpolitik nun daran, mit höheren öffentlichen Investitionen für höhere Gewinne der Unternehmen zu sorgen? Die einen sagen, staatliche Programme kämen immer zu spät, die Konjunktur sei dann schon wieder angesprungen. Das mag so sein. Nur, was schadet das, wenn der Staat vernünftige Dinge mit dem Geld gemacht hat, also Schulen gebaut hat oder Straßen? Manche wenden ein, die Konjunktur könnte sich überhitzen, wenn ein Konjunkturprogramm auf eine von alleine anspringende Nachfrage träfe. Das wäre eine schöne Sache im Vergleich zur heutigen Situation: Ein leergefegter Arbeitsmarkt, boomende Investitionen und eine steigende Inflationsrate. Wie viele Jahre oder Jahrzehnte braucht man dazu? Warum sollten Regierung und Zentralbank nicht rechtzeitig wieder gegensteuern können?

Noch schwächer ist das Argument mit den zukünftigen Generationen: Man dürfe diese nicht mit höheren Defiziten belasten. Wieso belastet man jemanden, dem man eine bessere Infrastruktur aufbaut? Belasten Eltern ihre Kinder mehr, wenn sie ihnen ein Haus und Schulden hinterlassen, als wenn diese kein Haus und keine Schulden erben? Umgekehrt gefragt: Wie sehr belastet man zukünftige Generationen mit einer heutigen Rezession belastet, in der die Schulden des Staates dennoch steigen und gleichzeitig die Investitionen, private wie staatliche, sinken.

Das lächerlichste Gegenargument ist das mit dem Strohfeuer: Konjunkturprogramme entfachten nur Strohfeuer, die nicht auf Dauer wärmen. Stimmt. In einer wachsenden Wirtschaft ist jede einmalige Anregung der Nachfrage ein kurzfristig wirkender Effekt, genau wie jeder einmalige Einbruch. Es geht jetzt darum, mit dem Stroh das Holz wieder zu trocknen und anzuzünden, auf das jemand gerade einen Eimer Wasser gekippt hat. Auch eine Anregung der Konjunktur durch die amerikanischen Verbraucher, auf die alle hoffen, ist nur ein Strohfeuer. Auch die Abwertung des Euro war eines, sie hat aber Deutschlands hohes Wachstum beschert und jede Menge Unternehmensinvestitionen ausgelöst. Die amerikanische Politik ist übrigens mit vielen Strohfeuern in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch langfristig eindeutig besser gefahren als die Europäer, die dauernd frieren, während sie auf das ewige Feuer warten.

Nach dem letzten, im Zeitalter der Globalisierung besonders provinziellen, Gegenargument verpuffen in der offenen Volkswirtschaft Konjunkturprogramme, weil sie nur zu höheren Importen führten. Das ist bei öffentlichen Investitionen schlicht falsch, weil diese den Bau stützen, der bekanntlich kaum Importe einsetzt. Es ist aber auch generell unsinnig, weil Deutschland nur 25 % aller Güter importiert, was kein schlechter nationaler Wirkungsgrad ist. Zudem schaden uns Importe nicht, sondern helfen dem Ausland, was wiederum unseren Exporteuren zugute kommt. Schließlich fordert niemand, Deutschland solle alles alleine richten. Wozu gibt es einen Rat der europäischen Finanzminister, wenn nicht zur Abstimmung einer gemeinsamen Konjunkturpolitik? Wer wird, gerade nach dem 11. September, eine Weltrezession riskieren, wenn er sie um den Preis höherer öffentlicher Defizite bei gleichzeitig höheren öffentlichen Investitionen verhindern kann?